

Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. U.

Helfende Zeitung des Bezirks

Bezugspreis: Vierteljährlich 20 Mk. ohne Sa-
tragen. — Einzelne Nummern
20 Mk. — Fernsprecher: Amt Dippoldiswalde Nr. 3.
Gemeindeverbands-Girokonto Nr. 3. — Postbe-
konto: Dresden 12548.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts
und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

Anzeigenpreise: Die sechsgeheften Zeitungs-
blätter 50 Pfg., außerhalb der Amts-
hauptmannschaft 75 Pfg., im amtlichen Teil (aus-
ser von Behörden) die Zeile 200 Pfg. — Einzelne und
Reklamen 200 Pfg.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Jehne. — Druck und Verlag: Carl Jehne in Dippoldiswalde.

Nr. 110

Freitag den 13. Mai 1921

87. Jahrgang

Butter-Zuteilung.

Für die laufende Woche beträgt die auf den Kopf der versorgungsberechtigten Be-
völkerung entfallende Fettration **40 g Butter**.

Der Preis beträgt für 40 g Butter 1,52 Mk.

Nr. IV.

Kommunalverband Dippoldiswalde, am 11. Mai 1921.

Hilfsarbeiter(in)

für die Geschäftsstelle der Mäckerhütte gesucht. Kenntnis der Stenographie und Fertigkeit
im Bedienen der Schreibmaschine Bedingung. Schriftliche Meldungen mit Lohnansprüchen
im Rathaus Zimmer Nr. 14 abzugeben.

Stadtrat Dippoldiswalde.

Das Einlagebuch Nr. 1641 der hiesigen Sparkasse wird hiermit für ungültig erklärt.
Dittersdorf (Bez. Dresden), am 12. Mai 1921. **Die Sparkassenverwaltung**

Vertilgung und Säufisches.

Dippoldiswalde. Der heutige Pantrastag macht
seiner bekannten frostigen Nachfolge alle Ehre. Trüb und
regnerisch hängen die Wolken tief herab und Nebel verhüllt
die weiteren Ausblicke. Die Ausichten für die nahen Pfingst-
feiertage sind nicht die rosigsten, doch wollen wir immer noch
das Beste hoffen.

Auf Grund der Vorschriften des Gesetzes über die
Enteignungen und Entschädigungen aus Anlaß des Frie-
densvertrages zwischen Deutschland und den alliierten und
assoziierten Mächten hat die Reichsregierung zur Durch-
führung des Artikels 238 des Friedensvertrages Gegen-
stände aller Art, insbesondere Tiere, Maschinen, Maschinen-
teile, industrielle und landwirtschaftliche Geräte, Rohstoffe
Möbel und sonstige Einrichtungsgegenstände, Kunstgegen-
stände und verschiedenes andere beschlagnahmt, die in den
von den Truppen der Zentralmächte besetzt gewesenen Ge-
bieten Frankreichs, Belgiens, Polens, Rumäniens, Ser-
biens und Italiens während der Besetzung den Berechtigten
durch behördlichen Zwang entzogen oder rechtswidrig fort-
genommen oder gefunden worden und die nach Deutschland
gebracht worden sind. Die Inhaber solcher Gegenstände
haben diese bis zum 1. Juni 1921 bei der Reichsstaatsliefer-
ungskommission Berlin W. 9, Potsdamer Straße 10—11,
unter Vermeidung der von letzterer herausgegebenen Vor-
drucke anzumelden.

Schutz den Kröten! Wer häßlich ist, wird ver-
achtet. So ist es beim Menschen wie beim Tiere, obwohl
gerade die häßlichsten meistens die besten Geschöpfe sind.
Die Kröte säubert den Garten von Schnecken, Raupen und
allerlei Gewürm und ist so die beste Gehilfin des Gärtners.
Nacht sie doch einmal an den Erdbeeren und dergleichen,
so betrachte man dieses als Lohn für die fleißige Gärten-
säuberung. Will man guten Erfolg haben, so sind die Kröten
im Garten unentbehrlich. Man schätze sie, wo sie zu finden
sind.

Schellerhau. Die Schellermühle ist in der letzten Zeit
in den Besitz des Herrn Curt Weibelt, bisher Besitzer vom
Adamschen Gasthof in Moritzburg, übergegangen.

Possendorf. Beim hiesigen Standesamte kamen im
Monat April 6 Geburtsfälle (3 männliche, darunter 1 un-
eheliche, 4 weibliche), 6 Aufgebote, 5 Eheschließungen und
4 Sterbefälle zur Anmeldung.

Dresden. Das sächsische Gesamtministerium hat nun-
mehr in einer Verordnung die Dienstzeit der sächsischen
Staatsbeamten festgelegt. Nach dieser Verordnung beträgt
die Dienstzeit wöchentlich mindestens 48 Stunden. Soweit
der Dienst in bloßer Dienstbereitschaft besteht, ist die Zeit
von 48 Stunden entsprechend zu verlängern. — Die Tages-
dienstzeit ist grundsätzlich in Vor- und Nachmittagsdienst zu
teilen. Nur in den Orten von mehr als 50 000 Einwohnern
soll bis auf weiteres wegen des herrschenden Wohnungs-
und Verkehrsschwierigkeiten durchgehend gearbeitet werden.

Das berühmte Bräuhäusle Schwanenferice, das kost-
barste Werk Altmeister Porzellans, steht seit kurzem voll-
ständig in der herrlichen Dresdner Porzellansammlung.
Der Wert der etwa 1400 Einzelscheibe hat man auf etwa
40 Millionen Goldmark berechnet.

Heidenau. Am Dienstag mittags gegen 1 Uhr stürzte in
Niederfeld der Arbeiter Otto Lange aus Langkowitz bei
der Firma Kaufmann aus 4 Meter Höhe von einem Gerüst
ab. Der Verunglückte erlitt einen Wirbelsäulenbruch und
Verletzungen am Kopf. Er wurde durch den Samariter-
verein Heidenau mittels Auto dem Johanniterkrankenhaus
zugeführt.

Eindämmung der sogen. Pfluscharbeit.

Im allgemeinen wirtschaftlichen Interesse werden alle Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-
Verbände hierdurch aufgefordert, mit allen Mitteln gegen eine selbständige Übernahme
von Arbeitsaufträgen durch vollbeschäftigte Arbeiter vorzugehen.

Die Aufsichtsbeamten sind angewiesen worden, die Verbände hierbei nach Möglichkeit
zu unterstützen und auch selbst auf eine Eindämmung dieser sogenannten Pfluscharbeit und
auf Verfolgung der mit solcher in Zusammenhang stehenden strafbaren Handlungen mit Nach-
druck hinzuwirken.

Dippoldiswalde, am 11. Mai 1921.

Der Stadtrat.

Gesperret

wird wegen Massenschüttes und umfangreicher Bauarbeiten vom heutigen Tage bis auf
weiteres die Falkenhain—Hirschsprunger Straße. Der Verkehr wird während dieser Zeit auf
die Müglitz- bez. Weißeritzstraße verwiesen.

Gemeindevorstand Falkenhain, am 12. Mai 1921.

Ratg., Gem.-Vorstand.

Pirna. Der Haushaltsplan des Bezirksverbandes der
Amtshauptmannschaft Pirna auf das Rechnungsjahr
1921—22 schließt mit einem Bedarf von insgesamt
1 958 104 Mk. ab, zu dessen Deckung u. a. die Erhebung
einer 12 prozentigen Bezirksumlage erforderlich ist. Die
Abrechnung über die wirtschaftlichen Maßnahmen im Jahre
1920 schloß mit einem Verlust von 11 627 304,87 Mk., wo-
bei der Verlust an Lebensmitteln (vor allem an Hülsen-
früchten) allein 7 353 665,32 Mk. betrug. An die Gemeinden
wurden für Verbilligung von Lebensmitteln 1 687 759,50
Mark gezahlt, während für den Zinsenbeitrag der Betrag
von 618 485,78 Mk. erforderlich war. Um die hohe Bezirks-
umlage, die den Haushaltsplan der einzelnen Gemeinden
schwer belastet, nach Möglichkeit niedrig zu halten, stimmte
die Bezirksversammlung der vom Bezirksausschuß bereits
beschlossenen Erhebung einer Lastkraftwagensteuer, einer
Jagdsteuer und einer Schankerlaubnissteuer zu.

Pirna. Da das Friedhofspersonal erklärt hat, Beerdig-
ungsdienst an Sonntagen nicht mehr ausführen zu wollen,
können in Zukunft Sonntags-Beerdigungen nicht mehr statt-
finden.

Augustusburg. Ein größeres Fest, das die Liebe zur
Heimat stärken soll, wird am 10. Juli auf der altherwürdigen
Augustusburg stattfinden. Anlaß dazu bietet die Jagenum-
wobene Schloßlinde, die auf ein Alter von 500 Jahren zu-
rückblicken kann. Schon lange ist dieses Naturdenkmal ein
Gegenstand erster Sorge gewesen. Das Stützwerk war
höchst baufällig und es bestand die Gefahr, daß der morsche,
zerklüftete Stamm bei einem größeren Sturm die weit ab-
stehenden schweren Äste nicht zu tragen vermochte. Der
drohende Zusammenbruch soll nun verhindert werden. Ein
Ausschnitt der dichten Baumkrone ist von sachkundiger
Hand erfolgt, und gegenwärtig wird an der Aufrihtung von
tragfähigen Säulen gearbeitet, deren Ausführung so fein
wird, daß sie die Schönheit der Linde und ihren merk-
würdigen Bau besser hervortreten lassen, als es das bis-
herige sperrige Gerüste getan hat. Diese Arbeiten sollten
so beschleunigt werden, daß die Linde sich am kommenden
10. Juli mit ihren neuen Trägern zeigen wird. Der Rein-
ertrag des Festes ist für das geplante Verkehrsmuseum be-
stimmmt.

Riesa. Die am 30. Januar hier vollzogene Stadtver-
ordnetenwahl war von der Kreisauptmannschaft für un-
gültig erklärt worden. Infolgedessen mußte die Wähler-
schaft noch einmal an der Wahlurne erscheinen. Das Er-
gebnis ist daselbe wie am 30. Januar; es wurden 9 Bürger-
liche, 7 Sozialdemokraten und 4 Unabhängige gewählt.
Das Stadtverordnetenkollegium behält also eine sozialistische
Mehrheit. Die Wahlbeteiligung war etwas reger als das
letzte Mal, ließ auf bürgerlicher Seite aber immer noch sehr
zu wünschen übrig. Die Bürgerlichen gewannen gegenüber
dem 30. Januar nur 280 Stimmen, die Sozialisten da-
gegen 700.

Mittelbach bei Chemnitz. Bei dem Gewitter am Mon-
tag nachmittag trat hier ein starkes Unwetter mit Schloßen-
fall auf, das große Ueberschwemmungen verursachte. Eine
große Anzahl Fischteiche wurden zum Ueberlaufen gebracht,
wodurch die Fische abgingen. Der Feldschaden ist sehr be-
trächtlich.

Euba. In den Räumen der alten Brauerei hat Frä.
Alice Schubart, die Tochter des verstorbenen Gehelmen
Oekonomierats, eine Brutanstalt errichtet, um die Geflügel-
produktion zu heben. In der Anstalt befinden sich sechs
Apparate zu je 600 Eiern, so daß zu gleicher Zeit 3600 Eier
zum Ausbrüten gelangen können.

Untersachsenberg. Heute Donnerstag kann das Erb-
mann Hoppersche Ehepaar bei noch guter Gesundheit die
diamantene Hochzeit feiern. 8 Kinder, 30 Enkel und 10
Urenkel werden sich am Festtage um das Jubelpaar scharen,
um ihre Glückwünsche darzubringen. Erdmann Färchtgott
Hoyer ist am 12. Dezember 1838 in Untersachsenberg ge-
boren, seine Gattin Ernestine Emilie geb. Bläß am 18. Sept.
1838 in Brunnödra.

Jöhniß. Die drei neuen Glocken unserer Ortskirche
wurden am Sonntag in feierlichem Zuge, mit grünen
Malen geschmückt, vom Güterbahnhof abgeholt und zum
Gotteshause geleitet. Nach einem vom Bläserchor intonier-
ten Choral (Lobe den Herrn) und einer Ansprache des Orts-
vorstands deklamierten junge Mädchen Denksprüche. Am
Zuge beteiligten sich außer dem Seelsorger und der Ge-
meindebehörde auch die Ortsvereine, Turner und Feuer-
wehr, sowie die Schulljugend.

Brambach. Aus Schönberg wird gemeldet, daß der
vierte Schmuggler und eigentliche Mörder des Grenzbe-
amten, Varrina, in Fischern bei Karlsbad verhaftet worden
ist. Die beiden Bergmanns befinden sich noch in Haft, wo-
gegen die Frau seit acht Tagen entlassen worden ist.

Glauchau. In einer von zahlreichen organisierten Land-
wirten hier abgehaltenen Versammlung, die unter Leitung
des Landtagsabgeordneten Leithold stattfand, wurde be-
schlossen, ab 1. Juli den Preis für Vollmilch auf 2,50 Mk.,
für Magermilch auf 1 Mk. pro Liter, für Butter auf 24 Mk.,
das Pfund ab Gut des Erzeugers bei Freigabe der Zwangs-
wirtschaft für diese Produkte festzusetzen.

Buchholz. Bürgermeister Dr. Horn hat den städtischen
Kollegien mitgeteilt, daß er am 1. Juli d. J. sein Amt als
Oberhaupt der Stadt Buchholz niederlege, um als juristischer
und kaufmännischer Direktor bei der Offenen Handelsges-
ellschaft Fr. Küttner, Kunstseidenfabrik in Pirna, einzut-
reten. (Vor mehreren Jahren war der neue Direktor bei
der Amtshauptmannschaft Dippoldiswalde beschäftigt.)

Zwickau. Die städtischen Kollegien beschlossen eine
Reihe von Gehaltsaufbesserungen für städtische Beamte, wo-
durch abermals 330 000 Mk. Mehraufwand entstehen.

Löbau. In den letzten Tagen des Juni, vom 24. bis 26.,
feiert Löbau das Andenken an die Errichtung als Stadt,
denn in einer Urkunde, die sich im Domstift Baugen be-
findet, wird es zum ersten Male an diesem Termin als feste
Stadt bezeichnet. Leider läßt es sich nicht ermöglichen, ein
Heimatfest zu veranstalten, da sich für eine große Menge
alter Löbauer, die zweifellos herkommen würden, schwer
Unterkommen schaffen ließe. Man hat deshalb den Plan
gefaßt, das Fest als Volksfest zu gestalten.

Bermischtes.

* Die bevorzugte Klasse. Wie die „Vergisch-Märkische
Zeitung“ aus Lättringhausen meldet, sah sich die dortige
Bäckereinnung gezwungen, die Herstellung von Bröschchen
abzulehnen, weil die dortige staatliche Strafanstalt, die nicht
durch die Regierung versorgt werde, zur Verpflegung der
Befangenen bedeutend besseres Mehl erhalte, als die Bäcker
zur Verpflegung der Bevölkerung. Diese Straflinge können
sich somit am besten Friedensbrot laben, während die Be-
völkerung gezwungen werde, minderwertiges Brot zu essen.

* „Ihr Einkommen erscheint uns zu niedrig.“ Mit
dieser Bemerkung erhielt ein Bürger aus Oynhausen seine
Steuereinschätzung vom Finanzamt zurück. Flugs setzte sich
der Mann an den Schreibtisch, steckte die Erklärung un-
verändert in einen Umschlag und schrieb nur ein kräftiges:
„Mir auch!“ dazu.

Ein Kabinett Dr. Wirth.

Wiederaufleben der Nationalversammlungskoalition. Nachdem sich die Stellung der Parteien zu dem Londoner Ultimatum in letzter Stunde geklärt hatte, konnten auch die Verhandlungen über die Kabinettsbildung zum vorläufigen Abschluß gebracht werden. Dadurch, daß die Deutsche Volkspartei die Verantwortung für die Annahme des Ultimatums ablehnte, war die bisherige Regierungskoalition in die Brüche gegangen, und es mußte jetzt aus Grund der gegenwärtigen Mehrheitsverhältnisse zur Bildung der neuen Regierung geschritten werden. In der dritten Nachmittagsstunde wurde der bisherige Reichsfinanzminister Dr. Wirth vom Reichspräsidenten mit der Zusammenstellung eines neuen Kabinetts betraut. Das Zentrum und die Sozialdemokratie erklärten sich sofort bereit, mitzumachen, und auch die Demokraten gaben ihre ursprüngliche ablehnende Haltung nach längerem Bögen auf. Damit war die alte Weimarer Regierungskoalition aus Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten wieder hergestellt, und der neue Reichskanzler Dr. Wirth, der seinem ersten Landsmann Fehrenbach im Reichskanzleramt gefolgt ist, konnte nun die Bildung seines Kabinetts in Angriff nehmen und noch kurz vor der entscheidenden Reichstagsitzung zum Abschluß bringen.

Das neue Kabinett

umfaßt 13 Ministerien. Die erfolgte Kabinettsbildung wird amtlich durch nachstehende Meldung bekanntgegeben:

Berlin, 10. Mai. Der Reichspräsident hat den bisherigen Reichsfinanzminister Dr. Wirth unter Ernennung zum Reichskanzler mit der Bildung des Kabinetts beauftragt und nach dessen Vorschlag folgende Reichsminister ernannt: Reichsfinanzministerium und Bizanzminister: Bauer, Inneres: Dr. Gradnauer, Wirtschaft: Robert Schmidt, Justiz: Dr. Schiffer, Meer: Dr. Gehler, Post: Giesberts, Verkehr: Groener, Arbeit: Dr. Brauns, Ernährung: Dr. Hermes, Aeußeres: mit einstweiliger Wahrnehmung der Geschäfte beauftragt: Dr. Wirth, Finanzen und Wiederaufbau noch unbesetzt.

Für das Reichsfinanzministerium wird nach einem befähigten Sachmann Umschau gehalten. An die Spitze des Wiederaufbauministeriums, das unter Fehrenbach nur von einem Staatssekretär geleitet wurde, soll jetzt wieder ein Minister treten, da die Erfüllung der Ententebedingungen ihm erhöhte Bedeutung zukommen läßt. Das Ministerium des Aeußeren, das vorläufig vom Reichskanzler geleitet wird, dürfte wahrscheinlich durch einen Beamten besetzt werden.

Von den Kabinettsmitgliedern gehören vier dem Zentrum an: Dr. Wirth, Giesberts, Dr. Hermes und Dr. Brauns, die sämtlich auch im Kabinett Fehrenbach saßen, drei den Demokraten: die beiden bisherigen Minister Dr. Gehler und Groener sowie Dr. Schiffer, der bekanntlich im Kabinett Scheidemann das Reichsfinanzministerium und später im Kabinett Müller das Reichsjustizministerium innehatte, drei der Sozialdemokratischen Partei: der frühere Minister Bauer und Schmidt und der frühere sächsische Ministerpräsident Dr. Gradnauer.

Der Reichspräsident an Fehrenbach.

Der Reichspräsident hat an den scheidenden Reichskanzler Konstantin Fehrenbach ein Handschreiben gerichtet, in dem er ihm für seine dem Vaterlande in schwerer Zeit geleisteten wertvollen Dienste seinen herzlichsten Dank ausdrückt. Er habe in hingebender, treuer Pflichterfüllung unter außerordentlich schwierigen Verhältnissen an der Spitze der Reichsregierung die Geschäfte mit umsichtiger, erfahrener Hand geleitet, gefügt auf das Vertrauen, das er in so reichem Maße sich während seiner langjährigen Tätigkeit als Parlamentarier wie als Präsident des Reichstages und der Verfassungskonventionen erworben hatte. Der Reichspräsident spricht die Hoffnung aus, daß auch fernerhin das Reich auf seinen erfahrenen Rat und seine tatkräftige Mitarbeit rechnen könne.

Eintritt der Sozialdemokratie auch in die preussische Regierung?

Wie verlautet, hat der preussische Ministerpräsident Stegerwald in einer Aussprache mit dem Vorsitzenden der Zentrumsfraktion des Reichstages, Dr. Trimborn, die Portefeuille des gesamten preussischen Ministeriums zur Verfügung gestellt, um die Kabinettsbildung im Reich zu erleichtern. Bei den Verhandlungen Dr. Wirths mit den Sozialdemokraten erklärten diese sofort eine Rekonstruktion der Regierung in Preußen im Sinne der alten Koalition für unmöglich. Das Ministerpräsidentium soll Stegerwald behalten. In der Verteilung der übrigen Portefeuille aber eine Veränderung so vorgenommen werden, daß Inneres, Kultus und Landwirtschaft mit sozialdemokratischen Ministern besetzt werden. Die früheren Minister Severing, Haenisch und Braun würden damit auf ihre Posten wieder zurückkehren. Dem gegenwärtigen Minister des Innern, Dr. Dominicus, soll das Finanzministerium angeboten werden. Es verlautet, daß zwischen dem Zentrum und der Sozialdemokratie bereits dahingehende Abmachungen getroffen seien. In den nächsten Tagen dürfte nunmehr also auch in Preußen die Kabinettsfrage aufgelöst werden. Die Entscheidung wird voraussichtlich nach Pfingsten fallen.

Das Ultimatum angenommen.

Mit 221 gegen 175 Stimmen.

In namentlicher Abstimmung hat der Reichstag Dienstag nacht mit 221 gegen 175 Stimmen bei einer Stimmenthaltung den Antrag Müller-Trimborn angenommen, der das neue Reichskabinett Wirth-Bauer ermächtigt, das Londoner Ultimatum bejahend zu beantworten. Der Wortlaut der Note, in der die Annahme des Ultimatums ausgesprochen wird, ist Mittwoch vormittag den Volkshäusern in London, Paris und Rom zur Nebergabe an die alliierten Regierungen telegraphisch übermittelt worden. Zu

mit ihr die Vorandsetzung weggefallen, unter der die Alliierten ankündigten, „am 12. Mai zur Besetzung des Ruhrgebietes zu schreiten und alle militärischen Maßnahmen zu Wasser und zu Lande zu ergreifen“.

Die Nachsitzung des Reichstages.

Erst um 9 Uhr abends waren die Verhandlungen über die Zusammensetzung der neuen Reichsregierung so weit gediehen, daß sich das Kabinett dem Reichstag vorstellen konnte. Haus und Tribünen waren bis auf den letzten Platz besetzt, und in der Diplomatenloge saßen zahlreiche Vertreter der Entente und der neutralen Staaten. Der neue Reichskanzler Dr. Wirth nahm mit den Mitgliedern seines Kabinetts am Regierungstisch Platz, während sein Vorgänger Fehrenbach seinen alten Sitz in den Reihen seiner Fraktion wieder eingenommen hat.

Der Wortlaut der Regierungserklärung.

Sofort nach Beginn der Sitzung betrat Reichskanzler Dr. Wirth die Rednertribüne und verlas in knapper und präziser Sprache die Regierungserklärung, deren Wortlaut in einer Kabinettsitzung unmittelbar vor dem Zusammentritt des Reichstages festgesetzt worden war. Der Kanzler gab zunächst die Liste der Mitglieder des neuen Kabinetts bekannt. Alsdann betonte er mit kurzer Begründung die Notwendigkeit, das Ultimatum der Entente anzunehmen.

Für unser Reich steht mehr als Geld und Gut auf dem Spiele. Es handelt sich darum, das Reich und seine Einheit zu retten. Es vor einer feindlichen Invasion zu bewahren, die deutsche Freiheit zu schützen. Dafür ist das deutsche Volk zu den höchsten materiellen Opfern bereit. Die deutsche Regierung nimmt aus diesem Grunde das Ultimatum an. (Bewegung.) Die Verantwortung für die weltwirtschaftliche Bedeutung des Ultimatums liegt bei der Gegenseite. Unsere Verantwortung erfordert volle Klarheit und Aufrichtigkeit. Ein Ja ohne den ersten Willen, das Aeußere aufzubieten, den uns auferlegten Lasten gerecht zu werden, wäre zwecklos. Wir müssen aber verlangen, daß eine erträgliche Handhabung der Londoner Beschlüsse im Rahmen unserer Leistungsfähigkeit gesichert wird. (Lebhafte Zustimmung.)

Durch die Annahme des Ultimatums wird die nahe drohende Besetzung des Ruhrgebietes beseitigt. Die Befürchtung, daß — mögen wir unterzeichnen oder nicht — es doch einmal zu der Besetzung kommen wird, findet in dem Ultimatum keine Stütze. (Aachen rechts.) Die Abstandnahme von Sanktionen, insbesondere die Nichtbesetzung des Ruhrgebietes bildet die Grundlage der Annahme des Ultimatums.

Bzüglich Oberschlesiens sagte der Kanzler, wo das Ergebnis der Volksabstimmung maßgebend sein muß, habe die Entente die Verpflichtung, die Rechte aus dem Friedensvertrag zu schützen und sie nicht durch eine polnische Diktatur mit Füßen treten zu lassen. Zum Schluß seiner Ausführungen empfahl Dr. Wirth die Annahme des Ultimatums.

Die Erklärungen der Parteien.

Nun folgen die Erklärungen der Parteien. Für die Sozialdemokratie spricht der fraktionsvorsitzende Wels, der die Verantwortung für Annahme und Ausführung des Ultimatums denjenigen Parteien zuschiebt, die das Reich in diese Lage gebracht haben. Da aber diese Parteien ihre Aufgabe im Stich gelassen haben, hat die Sozialdemokratie sich entschlossen, in eine Regierung einzutreten, die den ehrlichen Willen hat, die uns auferlegten Bedingungen zu erfüllen, und das Reich aus dem Chaos zur Gesundung zu führen. Das Zentrum hat es, wie es durch den

Abg. Trimborn erklären läßt, für wahrscheinlicher erachtet, daß das deutsche Volk in seinem Bestand bei der Annahme des Ultimatums gesicherter sein wird als bei der Ablehnung. Die Demokratische Partei hat sich, wie der Abg. Haas ausführt, zu keinem einheitlichen Entschluß durchringen können. Die einen seien für Annahme, die anderen für Ablehnung. Namens der Unabhängigen erklärte sich der Abg. Ledebour für die Annahme des Londoner Generaldikates, während die Kommunisten der Regierung das Recht absprechen, über das Schicksal der deutschen Arbeiter zu entscheiden, und daher die Unterzeichnung des Ultimatums ablehnen.

Im Auftrage der Deutschen Volkspartei gibt Dr. Stresemann die Erklärung ab, daß nach einflussreicher Ansicht seiner Partei die Bedingungen schwer sind, daß ihre Durchführung unmöglich erscheint. Die Forderungen der Entwaffnung stehen zum Teil im Widerspruch mit dem Friedensvertrag. Selbst die Annahme des Ultimatums würde uns nicht davon bewahren, in absehbarer Zeit in dieselbe Situation zu kommen. Ueber Oberschlesien haben wir bisher keine Zusicherung erhalten. Aus diesen Gründen hat sich die Fraktion dahin entschieden, daß das Ultimatum abzulehnen ist. (Beifall rechts.)

Aus den gleichen Gründen lehnt auch der Redner der Deutschnationalen Abg. Berg die Ententebedingungen ab. Die Annahme des Ultimatums würde nicht nur das lebende Geschlecht, sondern auch die Kinder und Kindeskinde des deutschen Volkes zu Arbeitsflaven anderer Völker machen.

Als letzter Redner spricht der Führer der Bayerischen Volkspartei Dr. Heim gegen die Annahme, aber für die Entwaffnung der Einwohnerwehr, sofern die Entente die Schaffung der notwendigen Sicherheitswehr zuläßt.

Gegen Mitternacht schreitet man zur namentlichen Abstimmung, die die Annahme des Ultimatums mit 221 gegen 175 Stimmen ergibt. Damit ist die Entscheidung gefallen.

Enttäuschung in Paris.

Man hofft auf die erste Verschlingung...

Die Annahme des Ultimatums durch den Reichstag kommt den Franzosen sehr unangelegen. Gar zu gern hätte man hochmarschierende Divisionen des glorreichen Feldzugs ins Ruhrgebiet unternehmen lassen. Doch die französische Presse gibt die Hoffnung nicht auf, daß ihre Wünsche über kurz oder lang doch noch erfüllt werden. Man rechnet in Paris immer

noch damit, daß Deutschland bei der Erfüllung seiner Entschuldigungsverpflichtungen und besonders bei der Durchführung der Entwaffnung im Rückstand bleiben werde und das Frankreich dann schließlich doch zur Besetzung des rheinisch-westfälischen Industriegebietes schreiten könne. Die französische Regierung ist angeblich fest entschlossen, bei der ersten Verletzung, die Deutschland sich zuschulden kommen lasse, ohne weitere Konferenzen oder Besprechungen die in London beschlossenen Sanktionen zur Durchführung zu bringen.

Pariser Ministerrat über die deutsche Annahme.

Das französische Kabinett wird sich am Vormittag des 13. Mai, kurz nach Ablauf der deutschen Frist, unter dem Vorsitz des Präsidenten im Elisee versammeln, um klare Beschlüsse über die Durchführung und Sicherung der Londoner Abmachungen zu treffen. Nach Ansicht der Regierungskreise werden vor allem die Abrüstungsklauseln dem Deutschen Reich schwer fallen. Der Vorsitzende der Ueberwachungskommission in Berlin, General Rollet, hat angeblich strikten Befehl erhalten, die Beobachtung der Fristen für die Abrüstung am 18. Mai zu fordern. Er wird an die Reichsregierung eine ganze Reihe kurzfristiger Ermahnungen richten. Die französische Regierung wird fernerlei Verzögerung gestatten und auf der genaueren Einhaltung der vorgeschriebenen Fristen bestehen.

Der Hunger nach dem deutschen Gold.

In zweiter Linie wird man in Paris ganz besonders darüber wachen, daß die auf Grund des Ultimatums zu leistenden Zahlungen pünktlich erfolgen, zunächst die eine Milliarde Goldmark in kurzfristigen Wechseln, die Ende dieses Monats zu begeben sind. Ferner hat die Reparationskommission in Vorauslicht der deutschen Annahme des Ultimatums sofort die Ausgabe der ersten Rate der deutschen Schuldverschreibung im Betrage von 12 Milliarden Goldmark vorbereitet. — Die Papiere werden die Unterschrift tragen: „Schuld des Deutschen Reiches.“ Der kleinste Abschnitt wird über 500 Mark lauten.

Amerikas Vertreter wieder in der Reparationskommission.

In der letzten Sitzung der Reparationskommission nahm W. H. Wood, der bis zum Februar Amerika offiziell bei der Reparationskommission vertreten hatte, einen Platz wieder ein. Die Kommission prüft jetzt die Vorschläge, die von Deutschland gemacht worden sind. Sie hat insbesondere den Wert der gelieferten Kohlen, des zurückgelassenen Kriegsmaterials und der abgelieferten Schiffe festzustellen. Die deutschen Delegierten sind in der Schiffsfrage gehört worden und haben eine Frist von acht Tagen erhalten, um schriftliche Bemerkungen zu machen.

Falsche Hoffnung auf Gerechtigkeit.

Oh, diese Beschämung muß den besallen, der noch trotz alledem an eine politische Moral in der Gegenwart geglaubt hat. Die Vorgänge in Oberschlesien sind wohl angefaßt ihrer Ursachen das traurigste Kapitel in der Verhandlungspolitik der Nachkriegszeit. Nicht ein ehrlicher Mann, dem die Objektivität über alles geht, kann Deutschland und dem Deutschum Oberschlesiens auch nur die geringste Schuld an dem blutigen, polnischen Zustand beimessen, der nur auf die Völligkeit und die mangelnde Objektivität der Interalliierten Kommission in Opatow und auf die ländergerliche Politik der Barischauer Regierung und ihrer Helfershelfer im Verhandlungslager zurückzuführen ist. Was da kam, hat man in Opatow, Barischau und Paris kommen sehen müssen, aber man hat stets getan, als ob die Gefahr von deutscher Seite drohe, und darum hat man alle Mittel gegen das Deutschum ausgepielt, alle Liebe aber in völliger Unberücksichtigung der Objektivität den Polen zugewandt, die jederzeit der Hilfe Opatows sicher sein konnten und sich darum in ihrer maßlosen Hege keinerlei Rücksichten gegen den Frieden des Landes auferlegten.

Jetzt ist gekommen, was kommen mußte. Oberschlesien steht durch polnische Schuld in Brand und in Opatow spielt man den Hilflosen. Man bringt lediglich den Mut auf, jede Hilfe von deutscher Seite abzulehnen, und läßt den Polen freie Hand, indem man ihnen durch allzu durchsichtige Verhandlungen das Recht zuspielen will, in Oberschlesien die berühmten gegebenen Tatsachen für sich spielen zu lassen gegen die keine Hilfe mehr sei. Das Deutschum Oberschlesiens aber, zahlenmäßig laut Abstimmungsergebnis weit stärker als das Polentum, dem freilich unbeschränkter Zutritt an Männern, Waffen und Munition von Polen her zuteil wird, dieses Deutschum hält seine maßlose Erbitterung über den polnischen Schurkenstreich zurück und vertritt mit letzter Hoffnung auf das, was man im Verhandlungslager vielleicht noch an Gerechtigkeit aufbringen wird.

Und dieses Gefühl für das Unrecht, das dem Deutschum in Oberschlesien zugesagt wird, und das Gefühl, daß man gerade einem entwaffneten Volk gegenüber streng gerecht zu sein habe, veranlaßt die deutsche Regierung, wegen Oberschlesiens eine Note an den Verband zu richten. Die Antwort auf diese Note ist jetzt da. Opatow hat sie unterzeichnet und ist wieder einmal ein Meisterwerk der Verdrehungsfant. Den Grund der Unruhen sieht man in einer geradezu unfaßbaren Umkehrung aller Dinge, der Deutschen alle Schuld zuzuschreiben, indem man sagt, diese hätten in ihren Blättern zuerst von der abgefeindeten Entscheidung der Opatow-Kommission in der Grenzfestsetzungsfrage gesprochen. Stimmt das schon nicht, so ist überdies zu betonen, daß dieser groß angelegte Aufwand der Polen doch kein Werk von heute auf morgen sein kann. Die Schuld wenigstens einen großen Teil von ihr, trägt also der, der die Vorbereitung des Aufruhrs trotz aller Warnungen von deutscher Seite duldet, und das ist die Opatow-Kommission unter Führung de Brandts. Die Note Brandts ist weiter nichts wie ein Umgehens des Kerns der Sache und ein Versuch, die Notwendig-

zeit und Verachtung deutscher Dittse...
wird eine Besserung der Lage mit Gewalt daraus
konstruieren, daß man Korsantj einfach zugunsten Po-
lens in Ruhe läßt.
Und der Oberste Rat, der zum ersten Mal
wieder unter der Teilnahme des Vertreters der Ber-
einigten Staaten tagte, schien die Hilflosigkeit selbst
zu sein. Er will die polnische Regierung bitten,
die Polen in Oberschlesien zu beruhigen. Von einem
Einschreiten der Verbandskräfte ist keine Rede, da dies
ja zum Vorteil Deutschlands sein würde. Wir sind
eben entwaffnet, darum schuldet man uns keine Rück-
sicht und behandelt uns nach Belieben. Die Rot
Oberschlesiens ist ein Schulbeispiel für das unrettbare
Durcheinander, das der Versäler Friede in Europa
geschaffen hat, weil er das europäische Gleichgewicht
durch Verschlagen Deutschlands vernichtete.

Vom Oberschlesischen Krieg.

Polnische Angriffe auf das westliche Oberufer.

Die durch den polnischen Rechtsbruch in Ober-
schlesien geschaffene Lage hat eine erneute Verschär-
fung erfahren. Die Polen versuchen mit Hilfe von
Berächtigungen einen Angriff auf das westliche Ober-
ufer vorzunehmen. Die Erregung der deutschen Be-
völkerung steigert sich angesichts der drohenden Ver-
schlimmerung der Zustände immer mehr; besonders im
Hinblick auf die völlige Passivität der französischen
Besatzungstruppen, die eger mit den verbrecherischen
Insurgenten sympathisieren, als daß sie die deutsche
Bevölkerung vor Mord und Plünderung schützen. Die
Polen werden in ihrem ganzen Gebahren immer un-
verschämter. Korsantj gibt jetzt sogar schon einen
eigenen „Kriegsbericht“ heraus, in dem er seine
„militärischen Erfolge“ der Welt kund tun will. Auch
ist es jetzt nicht mehr möglich, die Teilnahme aktiver
polnischer Truppen an dem Aufstand und die zahl-
losen Grenzüberstreichungen — ein gut unterrichtetes
Warschauer Blatt spricht von 30 000 Personen seit
dem 8. Mai — polnischseits zu leugnen.

Zugeständnis einer Demarkationslinie?

Das Verhalten der Interalliierten Kommission
gegenüber den polnischen Forderungen scheint immer noch
in zweifelhaftem Lichte. Während Reuter die Meldung
weitergibt, daß die Alliierten mit Rücksicht auf
die Lage in Oberschlesien eine strenge Note an die
polnische Regierung gerichtet haben, während die
Italiener die Sache der Gerechtigkeit täglich mit
ihrem Herzblut bestreiten, dringen aus dem Kampfes-
gebiet immer wieder Meldungen von dem geringen
Schutz der deutschen Bevölkerung und, wie schon ein-
gangs erwähnt, von der offenen Sympathie der Fran-
zosen für die Aufseher.

Die „Schlesische Volkszeitung“ veröffentlicht sogar
einen ihr von gut unterrichteter Seite zur Verfügung
gestellten Lagebericht, in dem es heißt, daß die Inter-
alliierte Kommission mit der Leitung der Insurgenten
Verhandlungen angebahnt habe. Diese Verhand-
lungen sollen vor dem Abschluß stehen. Es soll eine
Demarkationslinie festgelegt werden, die der Korsantj-
Ante entspricht. Die interalliierten Truppen sollen,
wenn die Verhandlungen zwischen General Le Rond
und den Insurgenten zu einer Vereinbarung füh-
ren, sich über diese Demarkationslinie zurückziehen.
Bisher ist noch keine Bestätigung dieser Meldung vor-
handen; sollte sie zutreffen, dann wäre allerdings
der Vertrag von Versailles nicht nur durch die Polen,
sondern auch durch die Alliierten verletzt, und das größte
Unrecht der Weltgeschichte würde mit der Heuchelei
der Alliierten offenbar. Daher gilt es von vorn-
herein deutschseits auch nur gegen den Gedanken
einer solchen Vergewaltigung der Gerechtigkeit zu pro-
testieren.

Der Kampf um Kosel.

Von den letzten Kämpfen ist der um die Stadt
Kosel sicher der heftigste gewesen. Dort gelang es
den Aufständischen, vorübergehend den Hasen zu be-
setzen, wobei ihnen eine große Beute von Lebensmit-
teln in die Hände fiel. Dem deutschen Selbstschutz
gelang es, den Oberhasen Kosel durch einen erfolg-
reichen Gegenstoß zu befreien. Die Polen richteten
auf die Stadt schwere Artilleriefeuer, doch dem deut-
schen Selbstschutz gelang es, den Ort zu behaupten,
der dem Schutz der italienischen Truppen übergeben
wurde. Die Polen ließen zahlreiche Verwundete und
mehrere Hundert Tote auf dem Felde.

Deutscher Reichstag.

— Berlin, den 11. Mai 1921.

Wahlung des Präsidiums durch Wahl eines vierten Vizepräsidenten.

Nach der anstrengenden Nachtsitzung beschäftigt sich
das Haus heute nur mit Angelegenheiten von gerin-
gerer Tragweite. Zunächst wird die Wahl eines vierten
Vizepräsidenten vorgenommen. Eigentlich hätten die
Angehörigen, die nach der Aufspaltung der Kommu-
nisten an Zahl geringer geworden sind, ihren Platz
im Präsidium an die Deutsche Volkspartei abgeben
müssen. Da jedoch die Geschäftsführung zur Zeit große
Anstrengungen an die Mitglieder des Präsidiums stellt,
beschloß man die Schaffung eines vierten Vizepräsi-
dentspostens. Aus der Wahl geht der Abg. Richter
(D. Sp.) hervor.

Alsdann werden einige kleine Vorlagen er-
ledigt. Das deutsch-slovenische Abkommen betr.
Reberleitung der Rechtspflege im Südböhmischen Lande
wird ohne Aussprache in allen drei Lesungen ange-
nommen, desgleichen der Nachtrag zum Reichshaushalts-
plan. Die Ausführungsbestimmungen zum Ver-
ordnungsrecht werden dem Ausschuss zur Beratung
überwiesen.

Eine längere Debatte entspinnt sich bei dem
internationalen Antrag auf Preisenkung des
Druckpapiers, der von dem Abg. Bruhn (Dnail.)
eingebracht wird.

Der gemeinsame Antrag der Bürgerlichen wird
angenommen, ein Gegenantrag der Sozialisten, der die
Sozialisierung der Papierwirtschaft fordert, wird abge-
lehnt.

Darauf verlegt sich das Haus auf Donnerstag.

Politische Rundschau.

— Der bayerische Landtag bewilligte für den Umbau des
Staatstheaters in München 2,36 Millionen Mark.

Die Kosten der Interalliierten Rheinlandkom-
mission. Die Kosten für die fremde Besetzung steigen
schon jetzt ins Ungemessene und übertreffen alle Er-
wartungen. Ein Beispiel dafür ist die „Interalliierte
Rheinlandkommission“. Im Reichshaushalt für
1920 schätzte man die Aufwendungen zunächst auf 20
Millionen Mark, später erhöhte man die Summe auf
40 Millionen, dann auf 115 Millionen. Jetzt werden
in einem Nachtragetat die Kosten für 1920 auf 123
Millionen festgelegt. Davon kommen auf Frankreich
rund 52 Millionen, auf England 34 Millionen, auf
Belgien 9 Millionen. Dazu treten noch 26 Millionen
für Unterbringung usw.

Die deutsche Antwort an die Entente.

Das neue Reichskabinett hat sofort nach der Ab-
stimmung des Reichstages über das Ultimatum den
Ententeregierungen mitgeteilt, daß ihre Forderungen
angenommen seien. Das Schriftstück, das bereits in
Paris, Rom, London und Brüssel eingetroffen ist
und auch nach Tokio gefahret wurde, enthält die
Mitteilung von der Bildung der neuen Regierung
und von dem Beschluß des Reichstages und zählt
sobald die vier Punkte des Ultimatus (vorbehalt-
lose Anerkennung der Reparationsverpflichtungen, der
Garantienmaßnahmen, der Abrüstungsklauseln und Ab-
urteilung der Kriegsschuldigen) im Wortlaut auf. Wei-
tere Mitteilungen sind in der Note nicht enthalten.

Die Besetzung des Außenministeriums.

Die Verlautbarung des Posten des Außen-
ministers der gegenwärtige Generaldirektor der Ham-
burg-Amerika-Linie Cuno in Frage. Reichsfinanzler
Dr. Wirth hat sofort eine Depesche an Cuno, der
zurzeit auf der Reise nach Amerika ist, mit der An-
frage gerichtet, ob er bereit sei, die Führung der
auswärtigen Politik zu übernehmen. Eine Antwort
ist von Cuno noch nicht eingetroffen.

Kompromiß mit Korsantj.

Die Nachrichten von dem Abschluß eines Kom-
promisses mit den Polen werden jetzt durch die „Ti-
mes“ bestätigt. Danach haben Verhandlungen zwi-
schen der Interalliierten Kommission und den polni-
schen Aufständischen zu der Anerkennung der
Korsantj-Linie als Demarkationslinie der Auf-
standsbevölkerung geführt. Die Interalliierte Kommission
übernehme die Verantwortung für die Oberaufsicht
des Gebietes. Die Aufständischen erhielten jedoch die
Kontrolle der Eisenbahnen. „Times“ zufolge können
Worte der Erbitterung und Entrüstung der britischen
und italienischen Vertreter nicht schilbern.

Regierungsumbildung in Preußen erst nach Pfingsten.

Wie der „Vorwärts“ mitteilt, hatte der Führer
der Mehrheitssozialisten Abg. Weis am Mittwoch eine
Unterredung mit dem preussischen Ministerpräsidenten
Stegerwald. Sie ergab Übereinstimmung in der Ueber-
zeugung, daß es notwendig sei, unmittelbar nach
Pfingsten eine Umbildung der preussischen Kabinette
im Sinne der veränderten Parteigruppierung im
Reiche herbeizuführen. Ministerpräsident Stegerwald
reicht, wie amtlich erklärt wird, auf dem Standpunkte,
daß gewisse Konsequenzen aus der neugeschaffenen
Lage für die preussische Politik zu ziehen seien,
und daß diese vor allem in einer veränderten Stel-
lung zur Sozialdemokratie zum Ausdruck kommen
müßten.

Rundschau im Auslande.

— Der Präsident des Völkerbundes, da Cuno, beruft alle
Mitglieder des Völkerbundes für den 18. September zu Be-
ratungen ein.

— Die japanische Regierung hat beschlossen, die Provinz
Schantung sofort und ohne alle Bedingungen China zurück-
zugeben.

Frankreich: Rücktritt des englischen Vertreters im Wiederanbauungsaußenstich.

Nach Pariser Pressemeldungen ist Sir John Bradbury,
der englische Vertreter in der Reparationskommission, zurück-
getreten, weil er die jüngsten Entschlüsse dieser Kommissi-
on nicht billigte. Bei der letzten Konferenz in London tat sich
Bradbury durch die Hartnäckigkeit hervor, mit der er sich den
französischen Forderungen widersetzte. Man nennt als seinen
Nachfolger den gegenwärtigen englischen Kriegsminister S.
Borlington-Whitney, der seit einem Jahre bereits der Ver-
treter Lord Georges bei verschiedenen finanziellen Beratungen
gewesen ist.

England: Kommunistische Propaganda in der britischen Armee.

Die innerpolitische Lage hat sich durch die bolschewisti-
sche Propaganda in der englischen Armee wesentlich verschärft.
Viele Bergarbeiter, welche unter den Reservisten einbezogen
waren, haben die Truppen zu schweren Ausschreitungen auf-
gehört. In Doncaster waren Tausende von Reservisten bei
der Bürgerschaft einquartiert. Es kam zu ausgedehnten Kra-
wallen, und die Militärbehörde konnte nur durch Bajonettan-
griff die Reservisten hindern, das Gefängnis zu stürmen. Die
Soldaten des Maschinenabweichers meuterten gegen ihre
Vorgesetzten, wobei eine Anzahl Unteroffiziere sehr schwere
Verwundungen erlitten. — Der Bergarbeiter-Kreit-
baurer unverändert fort. Die Eisenbahner und Transportar-
beiter unterstützen die Streikenden, in dem sie die Belohnung und
Vorförderung ausländischer Kohle verweigern. So scheitern die
Eisenbahner und Transportarbeiter jetzt eine Aktion abzubei-
hen, die sie vor kurzem offiziell ablehnten. Der Ernst des
letzten Aufstandes ist mit der Lage vor dem drohenden Streik
des Dreiverbandes veranschaulicht. Die englische Regierung hat
den Eisenbahnerstreik verboten, alle Eisenbahnarbeiter
und Beamte zu entlassen, welche es ablehnen, die über See
eingetroffene Kohle weiter zu befördern oder zu entladen.

Aus Stadt und Land.

** Selbstmord eines Berliner im Fernzug. Im
Personenzug Berlin-Frankfurt a. M. wurde auf der
Reise nach Weßbaden der Kaufmann Richard Rink
aus Berlin tot aufgefunden; anscheinend liegt Selbst-
mord durch Gift vor.

Spitzen.

— Roman von Paul Krumm.
(76. Fortsetzung.)

Am anderen Tage, beim Morgenrauen, verließen
Ulrich und Fürst Engelbert das alte Kupferne Schloß.
Sie hatten sich für den Nachmittag auf eine Zwischen-
station eine Depesche bestellt. Und diese war denn auch
zur Stelle. Sie lautete: „Eben die ersehnte Nach-
richt eingetroffen. Ulrich telegraphiert: Ihr dürft mir
gratulieren. Nichts weiter. Ein herzgefrohen. Gü-
ter vergnügt. Karola.“
Ulrich strahlte.

„Nun werden wir eben die ersten sein, die sich mit
ihm freuen! Ist dein Kind nun wirklich so unverständlich,
wie du gestern behauptetest? Und habe ich nicht recht
gehört?“

„Natürlich! Du hast immer recht!“ versetzte der
Fürst lächelnd und küßte seine reizende Tochter auf
die Stirn.

Nun leuchtete die Freude wieder aus den wunder-
vollen Augen, und die junge Frau war anmutiger
und bezaubernder denn je. Mit innigem Wohlgefallen
ruhte der Blick des Vaters auf seinem lieblichen Kinde,
während Wälder und Felder an ihnen vorüberzogen
und das schraubende eiserne Ungetüm auf den Schienen
dem Norden zuraste.

XXVI.

Es war noch dunkel. Die Laternen brannten noch.
Ein feiner Regen fiel kaum merklich vom schwarzen
Himmel; eigentlich mehr ein dichter, feuchter Nebel.
Es war ziemlich kalt und recht unbehaglich.

Ulrich hatte gestern abend alles erledigt, was er
tatsächlich erledigen wollte.

Er stand vollkommen angekleidet, den Hut auf
dem Kopfe, am Fenster und blickte auf die leere,
unkle Straße. Auf dem feuchten Pflaster zitterte der
ingezerrte Widerschein der Gasflammen. Es hatte
den halb stoben geschlagen.

Da bog von den Linden kommend ein mächtiger
von zwei starken Braunen gezogener Landauer in die
Bismarckstraße ein und hielt vor der Tür des Optikers.
Der Diener sprang vom Bod.

Ulrich öffnete sein Fenster und rief der dunklen
Gestalt, die aus dem Wagen stieg, zu: „Bemähen Sie sich
nicht! Ich komme schon.“

Sein Diener half ihm in den langen schweren
Ueberzieher.

„Bemähen Sie die Lampe und folgen Sie mir!“
sagte Ulrich.

Die Herren begrüßten sich unten mit warmem
Händedruck.

Ulrich und Brads saßen auf den Hinterplätzen,
ihnen gegenüber Bernig und Dr. Firner, ein Alters-
genosse und Unversitätsfreund des Fürsten, der Haus-
arzt beim Grafen Brads. Unterwegs wurde sehr we-
nig gesprochen.

Am Charlottenburger Arie holten sie einen an-
deren Landauer ein, der ebenfalls in schnellem Tempo
die breite Chaussee hinauffuhr.

Graf Brads ließ die Fensterrolle herunter. In
den Grauschimmeln und der hellbraunen Livree des
Kutschers erkannte er das Fuhrwerk des Grafen von
Jened.

„Fahren Sie nicht vor!“ rief er seinem Kutscher
zu. „Folgen Sie dem Wagen da. Wir haben dasselbe
Ziel.“

Die beiden Wagen lenkten in einen großen Park
ein. Der Torweg stand offen. Auf einem ziemlich
schmalen, vom Regen aufgeweichten Sandwege, der sich
durch das Dickicht schlängelte, gelangten sie nach einigen
Minuten zu einem etwas freier liegenden Häuschen, in
dem wohl der Gärtner mit seiner Familie wohnen
konnte. Aus einem Fenster des Erdgeschosses fiel ein
matt Lichtschimmer in das graue Licht des andren-
den Tages.

Der vordere Wagen hielt. Graf Jened, Graf
Boost, Baron von Heddersdorf und Geheimrat Dr.
Lohausen stiegen aus und begaben sich etwas abseits.
Als sie den Fürsten mit seinen Begleitern aussteigen
sahen, schritten sie unter Heddersdorfs Führung einen
kleinen Seitenpfad hinauf.

Ulrich und seine Freunde folgten ihnen in einer
Entfernung von etwa fünfzig Schritten.

Raum fünfshundert Schritte von dem Häuschen
entfernt lag ein freier viereckiger Platz, den der Ho-
fier des Parks zum Lawn-Tennis-Spiel besonders hätte
berichten lassen. Er war von allen vier Seiten
gleichmäßig von den jetzt entlaubten Bäumen des Parks
umsäumt.

„Wir sind zur Stelle!“ sagte Baron von Hedders-
dorf und blieb mit den Herren stehen.

Als Ulrich mit seinen Begleitern zu ihnen rückte,
stüßten sämtliche Herren schweigend den Hut.

Der Tag war inzwischen mürrißig und grämlich
herabgedämmt. Graf Boost sah nach der Uhr. Es
selbst nur noch wenige Minuten an der festgesetzten
Zeit.

Graf Albrecht von Jened und Fürst Ulrich hat-
ten sich langsamen Schrittes von einander entfernt.
Die beiden Ärzte begrüßten sich nochmals und drückten
sich die Hand. Sie sprachen leise miteinander.

Die vier Sekundanten traten zusammen und losten.
Das Los entschied, daß Baron von Heddersdorf den
Kampf zu leiten habe, dem sich der älteste Sekundant
der Gegenpartei, der Botschafter Graf Brads, zur
Beihilfe zugesellte.

Der Platz war für den Zweck vorzüglich geeig-
net. In der Mitte wurden die beiden Standpunkte,
die durchaus gleichwertig in Bezug auf Licht und Um-
gebung waren, in einer Entfernung von fünfzehn
Schritten bestimmt.

Die von Bernig mitgebrachten Pistolen wurden
nach aufmerksamster Besichtigung als vollkommen taug-
lich befunden. Das Los entschied in dessen für die von
Heddersdorf mitgebrachten. Wiederrum wurde der Ge-
brauch der einzelnen Pistole aus dem Paar durch das
Los den Gegnern zugewiesen.

Mit größter Sorgfalt wurde geladen: zuerst die
Pistole des Grafen von Baron von Heddersdorf, dann
die Pistole des Fürsten vom Grafen Brads. In den
Lauf einer jeden Pistole wurde der Ladestock noch ein-
mal eingeführt, um die volle Gleichheit der Ladun-
gen festzustellen.

Darauf wurden die Gegner herangerufen. „Ich bitte die Herren, sich ihrer Ueberzieher zu entledigen.“ ersuchte Baron Heddersdorf. „Die Röcke können die Herren anbehalten. Wenn aber die Herren feste Gegenstände in den Taschen haben, so bitte ich, dieselben abzugeben.“ Graf Albrecht und Fürst Ulrich hatten ihre schweren Ueberzieher schon bei den ersten Worten abgeworfen. Nun reichten sie ihren Sekundanten Uhr, Portemonnaie, Brieftasche, Schlüssel; Ulrich holte aus der linken Brusttasche auch einen Brief, den er abgeben wollte. „Den Brief dürfen Eure Durchlaucht behalten. Es handelt sich nur um Gegenstände, die Widerstand bieten könnten.“ Der Fürst steckte den Brief wieder ein und knöpfte den Rock zu. „Meine Herren!“ sagte nun Baron von Heddersdorf mit feierlichem Ernst. „Sie kennen die festgesetzten Bedingungen? ... Sie helfen sie gut? ... Sie versprechen, denselben getreulich nachzukommen?“ (Fortsetzung folgt.)

Letzte Nachrichten.

Die Folgen des Ultimatus.
Paris, 11. Mai. (E.U.) Der Intransigent meldet: Der Vertreter Deutschlands in Paris wird das Protokoll zur Ergänzung des Friedensvertrages zu unterzeichnen haben. General Kollet wird in Berlin eine Note überreichen, in der der deutschen Regierung aufgetragen wird, Kavallerie und Infanterie bis zum 30. Mai zu entlassen und das Flugwesen bis Ende Juli abzubauen. Die Interalliierte Kommission, die sich mit der Aburteilung der Kriegsschuldigen beschäftigt, wird in Berlin einen neuen Schritt unternehmen, um ergänzende Massschläge für die Errichtung des Reichsgerichts in Leipzig zu ergreifen. Dieses soll seine Tätigkeit sofort aufnehmen. Die Reparationskommission wird einen Gesamtbericht über die Verfehlungen Deutschlands gegenüber den Bestimmungen des Friedensvertrages verfassen. Die Reparationskommission soll neu organisiert werden. Die Kommission für die Rückeroberung in Natura wird sehr erweitert. Bis zum Ende des Monats Mai wird die Reparationskommission die Garantiekommission einsetzen, die ihren Sitz in Paris haben wird. Ihre Kontrollen werden in ganz Deutschland herumreisen und in den wichtigsten Städten Zentralkontrollen errichtet werden. Die Mitglieder der Kommission werden aus neutralen und alliierten Fachmännern bestehen.

Schutz des feimenden Lebens.
Die Verzeihungskammer der Provinz Sachsen beschloß in ihrer letzten Sitzung einmütig zum Schutz des feimenden Lebens folgendes: Die gesetzlichen Bestimmungen zum Schutz des feimenden Lebens, Paragraphen 218 und 219 N.-Str.-G., müssen im Interesse der Bevölkerungspolitik in vollem Um-

fange aufrecht erhalten werden, jede Abschwächung der Schutzbestimmungen ist auf das schärfste abzulehnen. Weiter wurde auch eine Entschleunigung einstimmig gefaßt, in der betont wird, daß die Anwendung psychischer Heilmethoden ausschließlich in die Hände der Ärzte gehöre und eine Ueberweisung an Nichtärzte unzulässig sei.

Korfanzy „annektiert“ Oberschlesien.

London, 12. Mai. (Teluntion.) Nach englischen Blättermeldungen erklärte Korfanzy, er werde in einer Woche ganz Oberschlesien besetzt haben und die Provinz einfach annektieren.

Auflösung des Selbstschutzes in Oberschlesien.

Berlin, 11. Mai. Nach Meldungen aus Oppeln hat die interalliierte Kommission die Auflösung der in den letzten Tagen gebildeten deutschen Selbstschutzverbände in Oberschlesien verfügt. In Königshütte wird seit Montag in den Straßen gekämpft. Manche Stadtteile wechseln an einem Tage dreimal die Nachhaber. Nach den letzten Meldungen ist der größte Teil von Königshütte von den Polen frei, während Beuthen wieder von den Polen besetzt worden ist, die auch in Rattowitz in die Vororte eingedrungen sind.

Öffentliche Bezirksauschuss-Sitzung in Dippoldiswalde.

In der am 11. d. M. unter dem Vorsitz des Amtshauptmanns v. d. Planitz abgehaltenen 7. diesjährigen öffentlichen Sitzung des Bezirksauschusses der Amtshauptmannschaft Dippoldiswalde umfaßte die Tagesordnung nebst Nachtrag 35 Punkte. Der Vorsitzende begrüßte die vollzählig erschienenen Mitglieder und berichtete nach Eintritt in die Tagesordnung über den Sachstand bezüglich der im Bezirke in Aussicht genommenen drei staatlichen Kraftwagenlinien mit dem Hinweis, daß sämtliche in Frage kommenden Gemeinden nunmehr ihren Beitritt zu dem zu bildenden Gemeindeverband erklärt hätten, daß nächsten Freitag die den Verband endgültig konstituierende Versammlung stattfinden und dann sofort der Bau der Autobahnen in Angriff genommen werden solle. Es bestünde daher begründete Aussicht, daß der Betrieb noch zu Beginn des Sommers eröffnet werden könne, namentlich wenn, was zu erhoffen steht, auch noch eine Wohnung für den Betriebsleiter gefunden worden sei.

Weiter berichtete der Herr Vorsitzende über eine Verordnung des Ministeriums des Innern betr. teilweise Abwälzung der Kosten des Bezirksamtes für Kriegerversorgung auf die Bezirksverbände, und zwar schon vom Rechnungsjahre 1920 ab. Die Bezirksverbände kommen durch diese nachträgliche Abforderung in eine schwierige Lage, da Mittel für die Vergangenheit nicht mehr zur Verfügung ständen. Der Verband der Bezirksverbände sei deshalb auch bereits gegen ein derartiges Verfahren vorstellig geworden. Hierauf wurde mit Befriedigung davon Kenntnis genommen, daß an Stelle der leider nicht durchführbaren Quäterspeisungen eine größere Anzahl erholungsbedürftiger Kinder des Bezirkes auf 8 Wochen Frühlingsaufenthalte erhalten sollen und daß zu diesem Zwecke Milch, Kaffee, Mehl und Zucker zur Verfügung gestellt worden ist, und daß die Notstandsarbeiten an der Eisenbahnlinie Obercarsdorf-Buschmühle zur Abmilderung der Erwerbslosigkeit endlich begonnen worden sind. Wenn auch die Zahl der einzustellenden Erwerbslosen vorläufig noch keine allzu erhebliche ist, so steht doch zu erwarten, daß mit dem Fortschreiten der Arbeiten die Beschäftigungsziffer steigen wird, namentlich dann, wenn auch noch die neue Döbelthalbahnlinie in Angriff genommen wird. Dagegen nahm der

Bezirksauschuss mit Bedauern davon Kenntnis, daß das Kultusministerium wegen der Knappheit der zur Unterhaltung der Volkshochschulen zur Verfügung stehenden Mittel verordnet habe, daß künftig höchstens 10 Gesuche aus jedem Bezirke Berücksichtigung finden, und daß aus dem gleichen Grunde auch keinerlei Staatsmittel mehr für die Pflanzbestimmungsstellen gewährt werden können.

Genehmigt wurden die Neufestsetzungen der Gehälter der Gemeindevorstände zu Dörschgrund, Döbra, Hänichen, Rehfeld, der 1. Nachtrag zum Ortsgefetz für das Wasserwerk der Stadtgemeinde Altenberg, die Vereinigungen des einen selbständigen Ortsbezirks bildenden „Jagdhaus Rehfeld“ und des Rittergutes Berrenth mit der Gemeinde Rehfeld bez. Berrenth, die sechsten Nachträge zur Gemeindesteuerordnung für Altenberg und Niederfrauendorf, und das Ortsgefetz über die Erhebung einer Ortsabgabe von Sommerfrischlern in der Gemeinde Bränden b. L. Genehmigung fanden weiter die Gesuche des Schneidemüllers Arno Kengel-Dorf Bärenstein um Erlaubnis zum Betriebe der Gastwirtschaft in dem Grundstücke Nr. 33 der Ortsliste für Dorf Bärenstein, der Gemeinde Sadisdorf um Aufnahme eines Darlehens von 7000 M., des Gastwirts Franz Reinecke-Ripsdorf zur Abhaltung von 16 Tanzabenden im Sommer 1921, des Fabrikbesitzers Oskar Biermann-Bienenmühle und des Schneidemühlens Alexander Grambt-Jinnwald zur Veränderung ihrer Stauanlagen und des Wirtschaftsbefizers Hermann Tittel-Cannorsdorf zur Wiederherstellung seines durch Hochwasser im Jahre 1897 zerstörten Holzbohlenwehres in der Mäglitz.

Die Nachträge zu den Gemeindesteuerordnungen zu Dörschgrund, Ruppendorf und Liebenau wurden genehmigt bez. besurworte und bezüglich der Nachträge zu den Ortsgefezen über die Umgebungsentschädigung der Hebammen in den Hebammenbezirken Schmiedeburg, Glashütte, Seifersdorf und Sadisdorf den Vorschlägen der Amtshauptmannschaft zugestimmt.

Weiter nahm der Bezirksauschuss Kenntnis von einer die Wohnungsteuer zur Hebung der Finanz- und Wohnungsnot in den Gemeinden betr. Verordnung des Ministeriums des Innern. In dieser Verordnung sind die Richtlinien niedergelegt, nach denen in Zukunft derartige Gemeindesteuerordnungen Rücksicht auf Genehmigung haben werden. Ein Gesuch des Stadtrats zu Dippoldiswalde um eine Beihilfe aus Bezirksmitteln zur Deckung des bei der Handels- und Gewerbeschule vorhandenen Fehlbetrags wurde, wie kürzlich ein ähnliches Gesuch des Stadtrats zu Freiberg, abgelehnt. Der Bezirksauschuss stand nach wie vor auf dem Standpunkt, daß die Aufrechterhaltung des Schulbetriebs Sache der betr. Gemeinde bez. des Staates sei und daß der Bezirk sich darauf beschränken solle, im Einzelfalle Beihilfen zum Schulgeld an bedürftige Schüler bez. Eltern zu geben. Nachdem hierauf noch ein Gesuch um eine Sonderunterstützung aus Glashütte Genehmigung gefunden hatte, wurde die Entschleunigung zum 4. Nachtrag zur Wasserleitungsordnung für Frauenstein und das Konzeptionsgefetz der Frau Anna Reusch-Neudörfel zwecks weiterer Erörterungen ausgefetzt.

100 Zentner
Brikettbruch
hat markenfrei abzugeben
Braune, am Bahnhof.

Kasino Reinhardtsgrimma u. Umg.

Sonnabend, 14. Mai
Bersammlung.

Anfang 8 Uhr. Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder bittet d. V.

Hiermit gebe ich bekannt, daß, nachdem mir von der Ziegekonvention

„Flauescher Grund“

heute der Verkauf ihrer

Mauer- und Eisen-Ziegel

betragen wurde, ich solche bei Ladungsbezug zu Wertpreisen abgebe

nach jeder Station. Kleinere Mengen ab meinem Lager am Bahnhof.

Oskar Braune am Bahnhof. Telephon 34.

Spargel

zu billigsten Tagespreisen

Markthalle E. Heilmann, Freiburger Platz.

Das Zahnpulver „Nr. 23“

reinigt d. Zähne so vollkommen, daß schon

nach kurzem Gebrauch das Aussehen derselben bedeutend verbessert

wird. Das ideale Mittel zur Erhaltung schöner Zähne u. Zahngesundh.

Wohn- Apotheke und Drogerie Bommahsch.

In Schmiedeburg Drogerie zum Arenz.

Spinat

Pfund 25 Pfg.

Markthalle E. Heilmann, Freiburger Platz.

Kaffee

wird durch Zollerhöhung teurer,

beden Sie daher Ihren Be-

darf und versuchen Sie zum

Besten meine rein schmeckende kräf-

tige Mischung zu 24 Mark

per Pfund.

Paul Haller,

Ripsdorf

Wichtiges, erfahrenes

Mädchen

zur Küche und Haus in herr-

schaftlichen Landhaushalt sofort

gesucht.

Fabrikbesitzer Gaudich,

Kreischa.

Einen Wurf junge

Schäferhunde

verkauft Sägewerk Langwitz.

Drogerie Paul Haller

Hugo Bartl Nachf.,

Ripsdorf

Telephon Nr. 20

empfiehlt

streichfertige Del-

und Lackfarben

in besten Friedensqualitäten,

Pinself,

Schneerbürsten,

Schönertücher.

Kontrastfarben druckt Zehre

Junger Staatsbeamter sucht

möbliertes

Zimmer.

Gest. Angebote unter „Nr. 60“

an die Geschäftsstelle.

Arbeiter-Jugend Dippoldiswalde.

Heute abend 1/8 Uhr im Schulhaus

Bersammlung.

D. E.

„Reichskrone“ Dippoldiswalde.

Direktion Fritz Steiner.

Mitglied des Deutschen Bühnenvereins.

Große Fest- Aufführungen des Dresdner Gastspiel-

Theaters

Pfingstsonntag den 15. 5. abends 8 Uhr

Heimat.

Schauspiel in 4 Akten von Hermann Sudermann.

Pfingstmontag den 16. 5. abends 8 Uhr zur Bekämpfung

falscher Scham und Moral

Gebrochene Blüten.

Zeitgemäßes Lebensbild in 3 Akten von Weiller.

Eintrittskarten im Vorverkauf b. Herrn Fritzur Kothe,

Ritzplatz, u. haben. Sperrlich 5.-, 1. Platz 4.-,

2. Platz 3.-. Nr. der Abendkasse 50 Pfg. Ausschlag.

Galerie 1.50 nur an der Abendkasse.

Alles übrige die Platate.

Generalversammlung

Montag den 23. Mai abends 8. Uhr in Schneiders Gasthof.

Tagesordnung:

1. Erstattung des Jahresberichts für 1920.

2. Bekanntgabe und Genehmigung der Bilanz und Entlastung des

Vorstandes.

3. Beschlußfassung über Verteilung des Reingewinnes.

4. Wahl der statutengemäß auscheidenden Vorstands- und Aufsicht-

ratsmitglieder.

5. Bericht über gegesliche Revision.

6. Erhöhung des Gesamt-Anteilbetrags.

7. Festlegung einer neuen Höchstgrenze für Kredit-Gewährung.

8. Geschäftliche Mitteilungen und Dividendenverteilung.

9. Wünsche und Anträge.

Anträge sind mindestens 4 Tage vor der Generalversammlung

beim Vorstand schriftlich einzureichen.

Jahresrechnung und Bilanz liegen bei unfer.m. Rechner zur

Einsichtnahme aus.

Zahlreiches Erscheinen der Genossen ist dringend erwünscht.

Darlehens- und Sparkassenverein Johansbad

eingetr. Genossenschaft mit unbeschränk. Haftpflicht.

Riog. Bahmann.

Guterhaltene

Autscherlibree,

für starke Person passend, zu

kaufen gesucht. Offerten an

„Bäderer“ Erzbergerplatz Nr. 17.

Bilstenarten E. Zehre

Margarine-Vertreter,

repräsent, lautionsf. und gut

eingeführt, von großer Fabrik so-

fort gesucht. Eilofferten unter

„S. 240“ an Ala-Hausenstein u.

Bozler, Dresden.

Für die zahlreichen Glückwünsche, Geschenke und Ehrungen, die uns am Tage unserer Vermählung dargebracht worden sind, sprechen wir hierdurch zugleich im Namen unserer Eltern unseren herzlichsten Dank aus.

Seifersdorf, den 10. Mai 1921.

Hugo Ganßauge und Frau Doreen

geb. Stirl.

Nach Gottes unerforschlichem Ratschluss verschied heute nach langem, schwerem Leiden unser lieber, braver Sohn und Bruder

Herbert Oeser

im Alter von 14 Jahren.

Die Beerdigung findet Sonnabend

den 14. Mai nachm. 1/23 Uhr vom

Trauerhause aus statt.

Beerwalde, den 11. Mai 1921.

Die tieftrauernde Familie

Richard Oeser.

Gestern abend verchied unser herzlichtes Kind

Hellmut

im Alter von einem Jahr.

Dies zeigen in tiefer Trauer an

Alfred Börner und Frau.

Schützenhaus Dippoldiswalde, 12. Mai 1921.

Die Beerdigung erfolgt Sonnabend um 2 Uhr

vom Trauerhause aus.

Bei der...
an der...
Martin...
an der...
De...
Sturbu...
50 Pf...
Schuppen...
Wiese...
Di...
treffende...
Die...
Der...
Kändig...
sich für...
nur hin...
liche...
Beschlag...
Landesh...
Umlagen...
Fortshr...
auschlag...
aufgeste...
den größ...
hat sich...
digen...
auf die...
bringen...
gendes...
„Im...
Anbau...
Provinz...
gegen 1...
forger...
deutsch...
ungefähr...
Ja Wirk...
Anbau...
vorhande...
Auf...
der Um...
Arbeits...
Selbstve...
gebracht...
gegen 2...
238 771...
hat, die...
Lönen...
liegenden...
immerhin...
Sachsen...
flab mit...
Mit...
Landwirt...
Gedanken...
während...
jedoch 3...
doppelte...
wurde...
Schwern...
in hohem...
landwirt...
und darf...
Kark her...
erzielen...
Ernteertr...
Abfassung...
Die...
Bei...
Nhung...
Trimborn...
der Enten...
wie folgt: